

Ausbildungsvergütung Bestattungsfachkraft

Die Landesverbände und –innungen haben sich für folgende neue Empfehlung des BDB in Bezug auf die gesetzlich vorgeschriebene Mindestausbildungsvergütung ausgesprochen:

2025
750,00 € erstes Lehrjahr
905,00 € zweites Lehrjahr
1021,00 € drittes Lehrjahr

Darüber hinaus empfiehlt der Bundesverband Bestattungsunternehmen, die Kosten der schulischen Berufsausbildung, soweit sie durch den Blockunterricht an folgenden Berufsschulen entstehen, zu tragen. Darunter fallen die Fahrkosten, Übernachtungskosten sowie Kosten der Verpflegung.

Der Blockunterricht wird an folgenden Berufsschulen angeboten:

Staatliche Berufsschule Bad Kissingen
Seestr. 11
97688 Bad Kissingen
Telefon: 0971 72060
Ansprechpartner: Herr Werner
E-Mail: info@bskg.de
Homepage: www.bs-kg.de/

Berufskolleg Bergisch Land
Kattwinkelstr. 2
42929 Wermelskirchen
Telefon: 02196-4080
Ansprechpartner: Herr Strasdat
Homepage: www.berufskolleg-bergisch-land.de

Berufsbildende Schule Springe
Paul-Schneider-Weg
31832 Springe
Telefon: 05041 9510
Ansprechpartner: Herr Vogt
E-Mail: verwaltung@bbs-springe.de

Düsseldorf, 24.10.2024
Stephan Neuser
Generalsekretär

Wichtige Hinweise der HWK Berlin finden Sie auf der Folgeseite

Belehrungstext der HWK Berlin:

Seit dem 01.05.2024 gilt in Berlin der Mindestlohn in Höhe von 13,69 Euro je Stunde (§ 9 Abs. 1 Mindestlohngesetz für das Land Berlin (LMiLoG Bln)* und liegt damit über dem Bundesmindestlohn. Gemäß § 7 LMiLoG Bln gewährt das Land Berlin Zuwendungen nach der

Landeshaushaltsordnung nur, wenn die Empfänger*innen sich verpflichten, ihren Arbeitnehmern*innen (ohne Auszubildende, Umschüler*innen nach dem Berufsbildungsgesetz)** mindestens den Landesmindestlohn nach § 9 LMiLoG Bln zu zahlen. Die genannte Verpflichtung ist einzuhalten. Anderenfalls kann es zur Folge haben, dass eine

Förderung abgelehnt oder eine gewährte Förderung zurückgenommen wird. Auf Verlangen sind der Bewilligungsstelle anonymisierte Lohnnachweise vorzulegen. Wir bitten um eine umgehende Rückmeldung an uns, sofern Sie die Vorgaben des Landesmindestlohngesetzes nicht einhalten.

* Mindestlohngesetz für das Land Berlin (Landesmindestlohngesetz - LMiLoG Bln) vom 18. Dezember 2013 (GVBl. S. 922) zuletzt geändert durch Art. 8 G zur Änd. des Bürger- und PolizeibeauftragtenG und weiteren Gesetze vom 9. Februar 2023 (GVBl. S. 30) ** Hier sind alle Ihre sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, auch die Ungefährdeten, inbegriffen. Arbeitnehmer*in im Sinne des LMiLoG Bln ist, wer sich durch einen privatrechtlichen Vertrag verpflichtet hat, in sozialversicherungspflichtiger Form oder als geringfügig Beschäftigte*r gegen Entgelt Dienste zu leisten, die in unselbstständiger Arbeit im Inland zu erbringen sind (§ 3 Abs. 1 LMiLoG Bln). Als Arbeitnehmer*innen gelten nicht Auszubildende, Umschüler*innen nach dem Berufsbildungsgesetz, Personen, die in Verfolgung ihres Ausbildungszieles eine praktische Tätigkeit nachweisen müssen, sowie Personen in einem arbeitnehmerähnlichen Verhältnis nach § 221 Absatz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (§ 3 Abs. 2 LMiLoG Bln).